

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

K. Hofmann u. Verlagsanstalt: Drag 11, Telkova 15 • Telceř: 20793, 31409, 20696, 20701 • 53555 • Postfachamt: 57544

12 Jahrgang.

Samstag, 19. November 1932

Nr. 273.

## Höchstens Verlängerung des Moratoriums?

Washington, 18. November. Präsident Hoover hat je drei hervorragende Mitglieder der republikanischen und der demokratischen Partei aus den Finanzausschüssen der beiden Häuser des Parlaments aufgefordert, mit ihm im Weißen Hause die Kriegsschuldenfrage zu besprechen. Gleichzeitig kündigt Hoover seine Konferenz mit Roosevelt für den 22. d. M. an.

In unterrichteten Kreisen weist man darauf hin, daß in beiden Häusern des Kongresses eine starke Stimmung gegen die Forderungen der europäischen Schuldnerstaaten vorliegt. Hoover dürfte nicht geneigt sein, sich in den letzten Monaten seiner Amtsführung noch in einen Konflikt mit dem Kongreß einzulassen. Er wird sich wahrscheinlich darauf beschränken, den Antrag der drei europäischen Mächte an das Parlament weiterzuleiten und ihm zu empfehlen, das Moratorium zu verlängern und den in den Schuldverträgen vorgesehenen Ausschuß zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit jedes einzelnen Schuldners einzusetzen.

## „Europa soll nur wieder zahlen!“

Salt Lake City, 18. November. Smoot, der Vorsitzende der Finanzkommission des Senats, erklärte über die Kriegsschulden-Angelagen folgendes:

„Die Schuldverreglung sollte mit jeder Schuldnernation getrennt getroffen werden, und zwar auf der Grundlage ihrer wirklichen Zahlungsfähigkeit.“

Smoot, der stets gegen die Streichung der Kriegsschulden war, begründete neuerdings seinen ablehnenden Standpunkt mit dem Hinweis darauf, daß eine Streichung der Kriegsschulden eine Erhöhung der Löhne nach sich ziehen würde, die die amerikanischen Steuerzahler schon jetzt zu tragen haben. Smoot schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Europa soll nur wieder zahlen!“

## Breslauer Universität bis 22. November geschlossen.

Breslau, 18. November. Rektor und Senat der Breslauer Universität haben beschlossen, die Universität bis einschließlich Dienstag, den 22. November, geschlossen zu halten.

## Schlägerei in der Skupschtina.

Belgrad, 18. November. (Anala.) Zwischen dem Abgeordneten Nikić, dem Vorsitzenden der Parlamentsgruppe der jugoslawischen Agrarpartei, und dem slowenischen Abgeordneten Cerar, kam es heute vormittags während der Verhandlungspause im Parlament zu einem heftigen Wortwechsel, wobei Abgeordneter Cerar Nikić einen Schlag ins Gesicht versetzte. Einige Abgeordnete schritten ein und trennten die beiden.

## Korthis Radie an Karolyi.

Budapest, 17. November. Die gesamte Einrichtung des Prachtpalais des Grafen Michael Karolyi, das im Sinne des Konfiskationsgesetzes vom ungarischen Staat beschlagnahmt und dann von der Hauptstadt zu Museumszwecken übernommen werden war, soll nun versteigert werden. Zahlreiche Kunstschätze, Möbel usw. sollen zur Auktion gelangen, um den Platz für die neu zu richtende hauptstädtische Gemäldegalerie freizumachen.

## Scharfe Deviseneinschränkungen in Jugoslawien.

Belgrad, 18. November. Der Finanzminister hat eine Verordnung erlassen, durch welche die Bestimmungen über den Valutaverkehr wesentlich verschärft werden. Die Ausfuhr von Waren wird nunmehr in beschränktem Maße für die im Ausland studierenden Studenten, sofern sie nur noch zwei Semester zu absolvieren haben, für noch zwei Semester, die sich keiner Art im Ausland unterziehen können, und schließlich für Reisende gestattet. Alle anderen bisher erteilten Bewilligungen werden mit 15. Dezember d. J. eingestellt.

## Hindenburg verhandelt selbst.

Heute wird Hitler empfangen werden.

Berlin, 18. November. Der Reichspräsident empfing, wie amtlich mitgeteilt wird, heute vormittag den Führer der Deutschnationalen Volkspartei Geheimrat Hugenberg und heute nachmittag den Führer der Zentrumsparlei Prälai Kaas sowie den Führer der Deutschen Volkspartei Dingeldey zu Einzelbesprechungen über die politische Lage.

Ueber diesen amtlichen Bericht hinaus wird an den zuständigen Stellen keinerlei Mitteilung gemacht. Auch die Parteiführer sind gebeten worden, die Besprechungen streng vertraulich zu behandeln.

Wie aber gestern bereits gejagt wurde, haben die Besprechungen von heute und morgen nur den Zweck, daß der Reichspräsident sich über die Auffassungen der in Frage kommenden Parteien unterrichtet.

Die Auffassung der Deutschnationalen ist bekannt. Ebenso hat das Zentrum seine Ansicht bereits in den Aufzeichnungen zusammengestellt, die Prälai Kaas dem Reichskanzler vor einigen Tagen übergeben hat. Danach kommt es dem Zentrum in erster Linie darauf an, daß eine Regierung geschaffen wird, die die Gewähr dafür bietet, daß keinerlei Verfassungsexperimente gemacht werden. Im Mittelpunkt der Auffassung der deutschen Volkspartei steht das Wirtschaftsprogramm, dessen wesentliche Teile nach dieser Ansicht aufrechterhalten werden müssen. Ebenso ist bekannt geworden, daß die Volkspartei großen Wert darauf legt, daß die Reichsreform mit Preußen weiter durchgeführt wird.

## Hitler ändert seine Taktik?

Mit einiger Spannung sieht man nun dem morgigen Empfang Hitlers entgegen, der heute mit seinem Stab in einem Sonderzug nach Berlin geflogen ist. Die Nationalsozialisten haben offenbar die Absicht, ihre Taktik diesmal sehr viel elastischer anzulegen als am 13. August. Sowohl in ihren Kreisen, wie in denen des Zentrums, ist man sich klar darüber, daß alle Anstrengungen gemacht werden müssen, wenn die ihnen vom Reichspräsidenten gegebene Chance der Bildung einer nationalen Konzentration ausgenutzt werden soll. Ob das gelingt, ist im Augenblick aber noch gar nicht zu übersehen.

## Die Junker diktieren weiter.

Notverordnung Hindenburgs zur Regelung des Verhältnisses Preußen-Reich.

Berlin, 18. November. (Eigenbericht.) Der Reichspräsident von Hindenburg hat heute zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem Reichskommissar in Preußen und der Regierung Braun einen Erlaß veröffentlicht, dessen Inhalt gleichzeitig dem Reichskommissar und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun bekanntgegeben wurde.

Es werden — selbstverständlich wieder unter Berufung auf den § 48 der Reichsverfassung — diktatorische Entscheidungen gefällt, u. a. über die Fragen der Entscheidungsbefugnis des Reichs von Verordnungen, der Zustimmung zu Haushaltsüberschreitungen, der Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredites, des Verkehrs mit den Reichsbehörden, des Begnadigungsrechtes, der Teilnahme an den Parlamentssitzungen und der Unterrichtung der alten Regierung über die laufenden Angelegenheiten.

## Attentatsversuch gegen Papen?

Berlin, 18. November. Wie sich erst heute durch eine Verhandlung vor dem Schnellrichter im Polizeipräsidium herausstellte, hat sich am Dienstag ein aufsehender Vorfall in der Reichsanlei abgespielt. Als gegen 14 Uhr der Parteilagerade die Büchertische verlassen hatte, um dem Staatssekretär Brand bei der Ausfahrt beihilft zu sein, stürzte plötzlich eine Frau in die Reichsanlei und ließ die Treppen hinauf. Der Portier eilte ihr nach und konnte sie im zweiten Stockwerk festhalten. Als die Frau von dem Portier und einem Kriminalbeamten durchsucht wurde, fand man bei ihr einen 28 Zentimeter langen Dolch.

Die aus nationalsozialistischen Kreisen verlautet, gedachte Hitler ehlich zu versuchen, zu einem Einvernehmen mit dem Staatsoberhaupt zu gelangen; er wolle hauptsächlich zwei Punkte hervorheben, von denen die Mitarbeit der Nationalsozialisten an der Regierung abhängen würde:

1. Die Ausarbeitung eines präzisen Programms zur Arbeitsbeschaffung für Beschäftigungslose und
2. die bedingungslose Vernichtung der kommunistischen Bewegung.

In einer Reihe weiterer Punkte werde Hitler mit den Richtlinien der bisherigen Regierungspolitik übereinstimmen, vor allem in außenpolitischen Fragen. Ungeklärt bleibt noch, wie sich die persönlichen Forderungen Hitlers gestalten werden, d. h. ob er auf seinem früheren Verlangen beharren werde, daß ihm das Kanzleramt anvertraut werde.

Was eine eventuelle Vertrauensfrage eines anderen nationalsozialistischen Führers mit dem Kanzleramt anbelangt, so stellte sich in letzter Zeit Hitler mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Lösung.

In politischen Kreisen kann man heute recht optimistische Stimmen hören, daneben stehen aber auch skeptische Urteile, die es für möglich halten, daß schließlich doch das Kabinett von Papen oder eine ähnliche Regierung am Ende der gestern begonnenen Entwicklung stehen wird. Welche dieser Auffassung richtig ist, das wird sich kaum vor Mitte nächster Woche übersehen lassen.

## Sozialdemokratie für Aufhebung der Notverordnungen.

Berlin, 18. November. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Freitag vormittag nochmals eine Sitzung ab, um zu der gestern abends entfallenden neuen politischen Lage Stellung zu nehmen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da die Fraktion dazu keinen Anlaß hatte. Dagegen wurde beschlossen, im Reichstagsantrag auf Aufhebung der Notverordnungen vom Juni über Maßnahmen zur Arbeitslosenhilfe und der vom 4. und 5. September über die Behebung der Wirtschaft einzubringen. Weiter hat die Fraktion gegen die Verschleppung des von ihr eingebrachten Volksbegehrens auf Aufhebung des sozialpolitischen Teiles der Notverordnung vom 4. September protestiert.

Der Erlaß ist zweifellos von dem „abgetretenen“ Junkerkabinett inspiriert und trägt in keinem einzigen Punkte den Forderungen der Preußenregierung Rechnung. Er verleiht ihr im Gegenteil Befugnisse, die ihr nach dem Wortlaut des Leipziger Urteilspruches zustehen.

Aus dem Geiste und dem Wortlaut des Hindenburg-Erlasses geht hervor, daß die Junker gar nicht daran denken, ihre Diktatur über Preußen zu beenden. Es ist bezeichnend, daß Hindenburg Herrn von Papen einen Tag nach dem Rücktritt des Reichskabinetts ausdrücklich als Reichskommissar für Preußen bestätigt und dem verfassungsmäßigen Kabinett Braun eine Rolle anweist, die der Verfassung widerspricht. In der gestrigen Unterredung des Ministerpräsidenten Braun mit dem Reichskanzler, hat dieser übrigens kein Wort über den Erlaß Hindenburgs verlauten lassen, obwohl der Erlaß schon fertiggestellt war.

Herrn von Papen seine autoritäre Staatsführung, die Vernichtung der Demokratie und des „Marxismus“ vermindere, da hatte er wenigstens noch Beifall der gesamten deutschen Reaktion einschließlich der Braunen Häuser. Feierlich hatte ihm Hitler die Tolerierung versprochen. Als Gegengabe wurde das SA-Verbot aufgehoben, durften sich die Hitlerbunden mit neuen Trenchen schmücken und den Bürgerkrieg beginnen. Wenige Wochen später mußte derselbe Papen gegen seine berühmten und vielgeliebten „nationalen und aufbaumülligen Kräfte“ die Sozial-

## Papen ade?

Die Papen-Barone haben am Donnerstag aus ihrer Niederlage bei der Reichstagswahl endlich die Konsequenzen gezogen. Sie sind zurückgetreten!

Wie die Göttin der Schönheit und Klugheit dem Haupte des Zeus, so ist an einem schönen Tag desletigen Juni Franz von Papen als Reichskanzler dem Herenkfluß entstieg. Groß Gott, tritt ein — jubelten die ostelbischen Junker und die Schlotbarone, Eugen-berg und Hitler und alles, was seit Jahr und Tag die Reaktion und die Knebelung des Volkes erwartet und vorbereitet hatte. Die gottgewollte, autoritäre Staatsführung war da, und mit ihrer Geburtsanzeige verkündete ihr Führer Papen, daß jetzt die Zeit gekommen sei, dem Wohlfahrtsstaat ein Ende zu bereiten!

Die erste Notverordnung dieser von Volk und Parlament völlig unabhängigen Regierung schmälerte das jährliche Einkommen der Armen und Arbeiter und der Arbeitslosen um 1,5 Milliarden Mark. Es folgte die Salzsteuer und die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung auf durchschnittlich neun Mark in der Woche und auf den juristischen Anspruch von sechs Wochen. Das war der erste Papenstreich. Der zweite war die „Anfurbelung der Wirtschaft“. In diesem Zweck wurden noch gar nicht vorhandene Steuererhöhungen bis zum Jahre 1933 an die Reichen vererbt. Dazu Subventionen über Subventionen an die Großgrundbesitzer und Großindustriellen, insgesamt 3,3 Milliarden Mark. Aus dem „Wohlfahrtsstaat“ der republikanischen und parlamentarischen Regierungen und Vorkämpfer des Herrn von Papen wurde der Wohlfahrtsstaat der Reichen. Die Autarkie und die Jölle kamen ins Klühen und zur Reife, derart, daß das deutsche Volk jährlich etwa 4 Milliarden Mark mehr an erhöhten Preisen für Lebensmittel den ostelbischen Produzenten in den nimmermüden Kassen werfen muß. Die Politik der Autarkie führte zum Handelskrieg mit allen Abnehmerstaaten deutscher Industrieprodukte. Der deutsche Industrie-Export ist um 60 bis 70 Prozent seines früheren Umfangs und Wertes gefallen. Viele Tausende von deutschen bürgerlichen Existenzen sind vernichtet und viele Hunderttausende von Arbeitern liegen über das Maß der Wirtschaftskrise hinaus hungernd auf der Straße. Das ist das wirtschaftliche Ergebnis von fünf Monaten Papenherrschaft, die ein Blatt wie die „Kölnische Zeitung“ bereits am 7. Oktober 1932 als „Amoklauf“ bezeichnete, der nur „Scherben und Trümmer“ hinterließ.

„Nun es anders in der Außenpolitik? Selbst das kaiserliche Deutschland war im August 1914 unter der Herrschaft des „gekrönten Karren von Doorn“ nicht so isoliert, wie das Deutschland des Herrn von Papen und der mit Hitlers Hilfe in die Macht gekommenen Nazibarone. Wenn damals die franke und morische Türkei oder die bereits halbverkaupte habsburgische Monarchie ihr Schicksal in die deutsche Wagchale geworfen hatten, heute im Handelskrieg und in den außenpolitischen Irrungen und Wirrungen ist auf dem weiten Erdenrund kein Freund und Gönner Deutschlands zu entdecken. Scherben und Trümmer, wohin wir sehen!

Zu Bergen türmen sie sich in der Innenpolitik. Als Herr von Papen seine autoritäre Staatsführung, die Vernichtung der Demokratie und des „Marxismus“ verminderte, da hatte er wenigstens noch Beifall der gesamten deutschen Reaktion einschließlich der Braunen Häuser. Feierlich hatte ihm Hitler die Tolerierung versprochen. Als Gegengabe wurde das SA-Verbot aufgehoben, durften sich die Hitlerbunden mit neuen Trenchen schmücken und den Bürgerkrieg beginnen. Wenige Wochen später mußte derselbe Papen gegen seine berühmten und vielgeliebten „nationalen und aufbaumülligen Kräfte“ die Sozial-









